

## **SPD-OV Gemeinde Holle fordert Rahmenkonzept für eine inklusive Ganztagschule in Niedersachsen**

„Wir fordern, dass die SPD in Niedersachsen sowie die SPD-Landtagsfraktion ein nachhaltiges Rahmenkonzept für inklusive Schulen mit Ganztagsbetreuung entwickeln. Auch vor dem Hintergrund des aktuellen Fachkräftemangels muss sich die SPD für ein nachhaltiges Konzept einsetzen, das Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Kinder in naher Zukunft ermöglicht.“ So lauten die ersten Sätze des Antrags des SPD-Ortsverein Gemeinde Holle. Dieser wurde auf der Jahreshauptversammlung einstimmig verabschiedet.

Ab 2026 haben alle Kinder ab der 1. Klasse Anspruch auf eine kostenlose Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Jedes Jahr kommt dann ein weiterer Jahrgang hinzu, so sieht es ein Gesetz der Bundesregierung vor. Was auf der einen Seite eine gute Möglichkeit ist Familie und Beruf zu vereinbaren, weckt bei Pädagogen und Lehrern die Befürchtung, dass dabei die Qualität von Bildung, Erziehung und Bildungsgerechtigkeit leidet.

„Bislang haben wir mit unserem Hort eine sehr gute und hochwertige Betreuung im Nachmittagsbereich“, so Inka Uthe, Vorsitzende des Schul- und Jugendausschusses. „Dass es von Seiten der Landesregierung 2023 noch keine Landesgesetzgebung für die Ganztagschule 2026 gibt, ist ein Unding. Kommunen müssen sich vorbereiten und im Vorfeld Raumbedarfe ermitteln, Mensen bauen etc.. Ohne gesetzliche Rahmenbedingungen ist dies schwer möglich. Andere Bundesländer haben das Bundesgesetz bereits in Landesrecht umgewandelt.“ Im letzten Schul- und Jugendausschuss wurde das Thema gemeinsam mit Vertretern der Holler Grundschule ebenfalls von allen Seiten beleuchtet und die unzureichenden Vorgaben bemängelt.

Auch das Thema Förderschule versus Inklusion wurde auf verschiedenen Ebenen im Kreistag und im Sozialausschuss diskutiert, da ab Sommer die Förderschulen Lernen landesweit auslaufen und 2028 schließen werden.

Die Inklusion an Regelschulen wurde vor Jahren mit unzureichenden Mitteln und Rahmenbedingungen vom Land ausgestattet. In vielen Schulen zeigt sich nun, dass eine Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder nicht dargestellt werden kann. Die multiplen Herausforderungen, denen sich die Lehrer/innen tagtäglich gegenüber sehen (Kinder mit unterschiedlichen Deutschkenntnissen, unterschiedlichen Beeinträchtigungen, Entwicklungseinschränkungen und aus unterschiedlichen Milieus) sind so groß, dass unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht von Bildungsgerechtigkeit gesprochen werden kann. Eltern mit behinderten Kindern nutzen daher auch oft ihre Wahlfreiheit und melden ihre Kinder an Förderschulen an, die z.B. im LK Hildesheim an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen.

„Falsch wäre es an dieser Stelle Inklusions - und Ganztagschulkonzepte aus zwei unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten. Wir brauchen ein klares gut durchdachtes Bildungskonzept für inklusive Ganztagschulen, um allen Kindern eine gute Schullaufbahn zu ermöglichen. Zu solch einem Konzept gehören z.B. multiprofessionelle Klassenteams, reduzierte Klassengrößen, eine Reform der Lehrerbildung, eine gute räumliche Ausstattung sowie eine klare Zeitschiene für die Umsetzung und ein Finanzierungskonzept für die nächsten Jahre, inklusive Evaluation.“, so Simone Flohr, Ortsvereinsvorsitzende und Mitglied im Sozialausschuss des LK.

Über den Antrag des SPD-OV Gemeinde Holle wird im nächsten Schritt nun auf dem Unterbezirksparteitag der SPD am 06.05.23 in Eime abgestimmt. Wenn der Antrag auch hier eine Mehrheit findet, wird dieser beim Landesparteitag am 24.06.2023 in Aurich zur Abstimmung gestellt. Weitere Infos zum Antrag unter **spd-holle.de**.